



## Berroth: Es geht um die unstrittige Sicherung von Kulturgütern

**Zustimmung zum geplanten Kauf der Klosteranlage nur unter Bedingungen** - „Der Beschluss zu diesen Eckpunkten ist der FDP/DVP-Landtagsfraktion nicht leicht gefallen, es war eine ausführliche und fundierte Diskussion.“ Dies sagte die stellvertretende Vorsitzende der FDP/DVP-Landtagsfraktion, Heiderose Berroth, in einer Landtagsdebatte zur Absicht des Landes, die Klosteranlage Salem und verschiedene Kunstgegenstände zu einem Preis von 60,8 Millionen Euro vom Haus Baden zu kaufen. Es geht nach den Worten der finanzpolitischen Sprecherin nicht darum, das Adelshaus zu sanieren, sondern um „die endgültige und unstrittige Sicherung von Kulturgütern, die für Baden-Württemberg von besonderer Bedeutung sind“.

Auch mache sie als liberale Politikerin keinen Kotau vor dem Adelshaus. Vielmehr müsse das Haus Baden im Dreiklang „Freiheit, Gleichheit und Geschwisterlichkeit“ die gleiche Wertschätzung genießen wie alle anderen Bürgerinnen und Bürger des Landes. Heiderose Berroth machte deutlich, dass „die FDP/DVP-Fraktion sich eine andere Lösung gewünscht hätte als diejenige, die uns jetzt vorgelegt worden ist. Wir hätten es für gut gefunden, wenn über eine Stiftung auch private Investoren in dieses Modell integriert worden wären.“ Im Fazit sei es allerdings gut, dass jetzt eine klare Lösung gefunden worden sei. Allerdings kann die FDP/DVP-Landtagsfraktion nach den Worten von Berroth nur letztlich zustimmen, wenn der Grundlagenvertrag, der zwischen dem Land und dem Haus Baden geschlossen werden soll, den Liberalen zur Prüfung vorgelegt wird. In diesem „Punkt 7“ des Eckpunktepapiers der Landesregierung geht es um „die Beispielung, den Betrieb und die Vermarktung der Gesamtanlage durch das Haus Baden.“ Außerdem fordert die FDP/DVP-Landtagsfraktion eine Aufstockung der Mittel für den Denkmalschutz. Damit wollten die Liberalen deutlich machen, dass es viele Bürgerinnen und Bürger gibt, die eine finanzielle Unterstützung zum Erhalt ihres denkmalgeschützten Besitzes dringend bräuchten. Im Fazit sagte Heiderose Berroth: „Es gibt bei uns einiges Zähneknirschen, weil der Vertrag gerade jetzt nicht in die Finanzsituation passt.“ Auch sei klar, dass der Schulenstopp für die FDP/DVP-Fraktion das oberste Ziel bleibe.